

## **Mündliche Anfrage**

**des Abgeordneten Schubert (Die Linke)**

### **Zu weiteren Verzögerungen bei der Fertigstellung der JVA Zwickau-Marienthal und zu möglichen Auswirkungen auf die JVA Hohenleuben**

Wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) am 2. November 2024 berichtete, dauern die Verzögerungen beziehungsweise der Baustillstand auf der Baustelle der Justizvollzugsanstalt (JVA) im Stadtteil Marienthal in der sächsischen Stadt Zwickau - einem gemeinsamen Projekt der Länder Sachsen und Thüringen - weiter an. Zum Fortgang des Projekts soll es - laut MDR-Bericht - bis zum Jahresende 2024 vom neuen Projektträger beziehungsweise der neuen Planungsgesellschaft aktuelle Informationen geben - eingeschlossen die voraussichtliche Kostenentwicklung. Der MDR-Bericht spricht von einer (mindestens) Verdoppelung der ursprünglich kalkulierten Baukosten. Der private Hörfunksender Radio Zwickau berichtete in einem Beitrag am 17. September 2024, dass der neue Generalplaner im Juli 2024 das Projekt übernommen hat und dass durch den Baustillstand nach der Kündigung des bisherigen Generalplaners (erfolgte im Jahr 2023) mittlerweile weitere Schäden an den Bauten entstanden seien. Es ist eigentlich vorgesehen, dass mit Inbetriebnahme der neuen Zwei-Länder-JVA die JVA in der Stadt Hohenleuben im Landkreis Greiz geschlossen werden soll. Denn die JVA Hohenleuben genügt nicht mehr den modernen Standards im Strafvollzug (zum Beispiel Stichwort Einzelunterbringung in den Hafträumen) und ist laut Auskunft von Fachleuten auch nicht entsprechend modernisierungsfähig. Durch die Bauverzögerungen steht nun für die JVA Hohenleuben ein längerer Weiterbetrieb im Raum, als ursprünglich geplant war. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass - laut Medienbericht des MDR - die Fertigstellung der neuen JVA "auf unbestimmte Zeit" verschoben wurde. Das Thema Kostenentwicklung ist auch mit Blick auf die anstehenden Beratungen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025 von Bedeutung, weil Thüringen mit einem Anteil von rund 45 Prozent an den Bau- und Betriebskosten der neuen JVA in Zwickau-Marienthal beteiligt ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung vor zur aktuellen Situation hinsichtlich der Baustelle JVA Zwickau-Marienthal, insbesondere zu den derzeitigen und bis zum Jahresende avisierten Aktivitäten des neuen Generalplaners beziehungsweise der neuen Planungsgesellschaft - vor allem mit Blick auf die bestehende Baumängel-Problematik?

2. In welcher Weise ist der Freistaat Thüringen durch die im Staatsvertrag zum JVA-Projekt vorgesehenen Gremien beziehungsweise durch den Freistaat Sachsen in die Vorgänge um den JVA-Neubau einbezogen hinsichtlich der Fertigstellungsaktivitäten für die neue JVA und der daraus resultierenden Kostenentwicklungen?
3. Welche Auswirkungen haben die Bauverzögerungen und Kostensteigerungen auf den - so nicht geplanten, aber gegebenenfalls notwendigen - längeren Weiterbetrieb der JVA Hohenleuben hinsichtlich der Unterbringung für die Gefangenen, der Arbeitssituation für die Bediensteten und der Gebäude beziehungsweise die Liegenschaft der JVA (zum Beispiel notwendige Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten an Gebäuden beziehungsweise Liegenschaft, Entwicklung von Strategien für eine Nachnutzung der Liegenschaft)?
4. Inwiefern waren Bauverzögerungen und Kostensteigerungen bei diesem gemeinsamen Bauprojekt von Sachsen und Thüringen schon bei Abschluss des Staatsvertrags zum JVA-Neubau durch die beiden CDU-geführten Landesregierungen bei sorgfältiger Prüfung des Bauprojekts absehbar (zum Beispiel Stichwort Altlastenproblematik auf dem ausgewählten Baugrundstück)?

Schubert